

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 2761) ohne Brüngegeld vierteljährlich M. 4.20; durch die Kolportäre wöchentlich 36 Pf. frei in's Haus.
Verantwortlicher Redaktor: Dr. Emil Fischer in Hamburg.

Mittwoch, den 27. April 1892.

Ausgaben werden die fünfgepaltene Zeitungs- oder deren Raum mit 30 Pf. für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 Pf. berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämtl. Annoncen-Büreaus
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Hierzu eine Beilage.

Staatsmänner.

Der kennt nicht die schöne Sage von Mündchen's Horn, in welchem die Löwe eingefroren waren? Als man es dem Ofen nahe brachte, thauten die Löwe auf und erschollen plötzlich wieder, Tausende aus einer längst verklangenen Zeit. Dies wunderbare Instrument scheint man in Friedrichshagen zu besitzen und dem Ofen zu nahe gebracht zu haben, denn was zu uns herübergeschallt, erinnert uns gar anheimelnd an die Zeit des Sozialistengesetzes.

Fürst Bismarck erklärt in den „Hamburger Nachrichten“, daß er im Jahre 1890 den Herrn von Caprivi selber als preussischen Ministerpräsidenten vorgeschlagen habe, weil er bei „inneren Schwierigkeiten“, resp. „Gewaltthatigkeiten“ an der Spitze des Ministeriums einen „Sandstein“ haben wollte, wie es der Graf Brandenburg in den Jahren 1848 und 1849 gewesen. Damit giebt der ehemalige Reichkanzler einmal selber zu, was man so oft von ihm gesagt hat, daß er nämlich wollte, das Sozialistengesetz werde es in Deutschland so weit bringen, daß eine Erhebung der verzweifelten Sozialdemokratie kommen müsse. Diese Erhebung wollte er dann kräftig niederschlagen und hoffte offenbar, von der bei dieser Gelegenheit durch das rote Wespen auf's Meißeste erschreckten Philistenschaft die außerordentlichsten Vollmachten zu erlangen. In einem solchen Moment war es ein Leichtes, die Bourgeoisie zu einer abnormalen Selbstkastration zu bewegen. Ohne Bedenken hätte sie Alles, was das Sozialistengesetz an politischen Rechten und Freiheiten nachgelassen, freiwillig geopfert; das allgemeine Wahlrecht wäre verschwinden und der Reichstag wäre zu einer vollkommenen Null geworden. Wir haben immer betont, Fürst Bismarck habe sich des Liberalismus nur bedient, um seine Ziele zu erreichen; nach der Schaffung des Reiches feuerte er wieder auf seinen feudalen und konservativen Standpunkt los, den er schon 1848 unter den preussischen Junkern eingenommen. Deutlicher kann es uns dies nicht bezeugen, als indem er sich den Grafen Brandenburg, den Parlamentsprenger und Staatsrechtswissenschaftler von 1848, zurückwünscht. Eine reaktionäre Bewegung kann, wie eine revolutionäre, nicht stille stehen, bis sie ihren Höhepunkt überschritten hat; die Bismarck'sche Reaktion wäre nicht stille gestanden, bis sie wieder bei den vormaligen Zuständen angelangt gewesen wäre.

Was Herr von Caprivi von der ihm zugewiesenen Rolle gedacht hat, wissen wir nicht. Wohl aber begreifen wir nun, woher es kam, wenn er im Reichstage manchmal in ganz unmotivierter Weise von bevorstehenden „Straßenkämpfen“ sprach. Dies war offenbar ein Nachklang aus jenen Tagen, da die „alte Matentente“ glaubte, auf „gewaltthätige Ausbrüche“ sich vorbereiten zu müssen, gerade wie Bismarck, nach dem Zeugnis des Generals Guelich, schon 1848 immer darauf hoffte, es werde „zu etwas kommen“, damit man gegen das preussische Parlament einschreiten könne.

Wir haben niemals daran geglaubt, daß die Staatskumst des Herrn von Caprivi auf neue Ideen gegründet sei. Daß er aber auch die Bismarck'schen Illusionen von bevorstehenden „Straßenkämpfen“ mit in seinen neuen Wirkungskreis herübernahm, beweist nur, wieviel die preussischen Staatsmänner überhaupt noch unter dem Einfluß der alten bündelständigen und Bismarck'schen Schule stehen. Denn wenn Bismarck auch den Bundesstog sprengt hat, so hat er doch im Ganzen dessen Regierungsgrundzüge beibehalten. Er hat nur die Frage gelöst, wer in Deutschland die Vorkherrschaft haben sollte, Preußen oder Oesterreich.

Fräulein Kapitän.

Eine Eismeer-Geschichte von Max L. a. p.
(Nachdruck verboten.)
(14. Fortsetzung.)
Sie warf ihm einen fürchterlichen Blick zu, der einen müder verdorrten Sämling als Gaston jedenfalls zu Boden geschmettert hätte und drehte sich heftig um, die Kapitänstreppe hinaufzusteigen. Er vertrat ihr entschlossen den Weg.
„Margot!“ rief er, ohne in der Erregung seiner Stimme Zwang anzunehmen — „verlangst Du von einem Mann, der sich ehlich weiß, daß er sich von einem Mädchen, das er seine Braut genannt, auf so schändliche Weise behandeln läßt — willst Du mir jetzt erklären...“
Weiter kam er nicht, denn Eteme, der bis jetzt unentschlossen, ob er sich in die Unterhaltung mischen sollte oder nicht, aus der Ferne zugehört hatte, kam bei den letzten Worten Gastons, die seine Eifer suchte aufzuwecken, wie ein wütender Oer herangehoben und schrie dem Ueberwältigten ins Gesicht:
„Was soll das hier mit der Braut? Meinen Sie, wir wären nach Eismeer geschickt, um Ihnen Gelegenheit zu Liebeserklärungen zu geben?“
Zitternd, mit drohend geballten Fäusten stand er vor seinem Nebenbuhler und starrte ihn zähnelnd an, als wolle er ihn mit Haut und Haaren verpulvern.
Gaston kannte die heftige Art seiner Landsleute und wußte, daß sie trotz Zähnelns sich wohl hüten zu müssen, denn sie sind im Übermaß gegenwärtig. Spöttisch lächelnd blickte er auf den Wütenden nieder und erwiderte, die Hände gleichmütig auf dem Rücken zusammengelegt:
„Zu Liebeserklärungen? Nein, das wäre nicht mehr nötig. Ich wollte Ihnen Kapitän — denn das ist Margot ja doch wohl — nur meine Glückwünsche

vernehmen; man denke nur an die Verschärfungen, die Puttkamer verlangt hatte, und an die ungeheuerliche Idee der gewaltthätigen Expatritzung, an die „Ausweisung“ und „Einweisung“. Aber alzu scharf macht scharf; schließlich wurde das Sozialistengesetz auch seinen Urhebern unheimlich. Daß Caprivi es schwinden ließ, war seine beste That.

Die Entfaltung des Fürsten Bismarck beleuchtet scharf die gefährliche Lage, in der sich die Sozialdemokratie damals befand. Auch andere Parteien werden sie beglückwünschen, wenn sie die ganzen Konsequenzen der Sache ziehen.

Der Sozialdemokratie aber wird man, trotz allem Gehäse sogenannter unabhängiger Sozialisten und verächtlicher Anarchisten, das Lob zollen müssen, daß sie weise gehandelt hat, als sie sich von keinen Provokationen verlocken ließ, ihres Feindes geheime Wünsche zu erfüllen.

Demagogisch-Steuerpolitisches aus Friedrichshagen.

„Für die Erhaltung der „Beisitzendigkeit“, über die zu urteilen Niemand kompetent ist, als der Chefredaktor der „Hamburger Nachrichten“, Erlanger Fürst Bismarck, tritt derselbe in seinem Organ ein, indem er Stellung nimmt gegen die für Preußen projektirte Vermögenssteuer. Es wird vor der Beisitzendigkeit dieses Weges eindringlich gewarnt, da den Vortheilen dieser Steuer „größere Nachteile“ gegenüberstehen. Es sei nicht richtig, was zu ihren Gunsten angeführt werde, „man laufe in der Form des Zuschlags Gefahr, die wirtschaftliche Thätigkeit doppelt zu prämiiren, während man durch die Vermögenssteuer auch diejenigen Leute „lassen“ könne, die wegen Trägheit oder Ungehorsam aus ihrem Beruf nicht die gehörige Rente herauszuschlagen, ferner diejenigen, die einen großen Theil ihres Vermögens in unproduktive Anlagen stecken (in Palästen, Parks, Kunstsammlungen) und endlich auch diejenigen, die von langer Hand herstellten, also die Inhaber von südlichen oder vororthodoxen Grundstücken, die von Jahr zu Jahr ihrem Inhaber durch Wertsteigerung einen Vermögenszuwachs, aber noch kein Vermögen, einbringen.“

Das Bismarck-Organ macht demgegenüber geltend, „daß umgekehrt die Vermögenssteuer diejenigen u. a. g. recht und hart treffen würde, die durch unrichtige Unfähigkeit, durch Kränklichkeit, Unzulänglichkeit und durch andere Gründe an der gehörigen Ausnutzung ihres Besitzes verhindert sind, die unter gleichem Besitz an extrajuristischen Vermögensobjekten da vielleicht nur 2 pSt. Gewinn zu erzielen vermögen, wo ein Anderer 10 pSt. und mehr herauszuschlägt. Ihnen gegenüber tiefer Befeuersmuth, muths auf den alten Satz hinaus: „Wer hat, dem soll gegeben werden, wer nichts hat, dem soll genommen werden.“ Es wäre dies eine gefahrliche Belastung der Schwachen, eine Umkehrung der faireschen Gerechtigkeit vom 17. November 1881, nach welcher der Staat den wirtschaftlich Schwachen helfend zur Seite treten, nicht aber sie stärker belassen soll als die Geschicklichen, Kräftigeren und Lächerlicheren. Namentlich auf dem Lande würde eine solche Vermögenssteuer sehr schädliche Folgen haben, indem der kränkliche, schwächliche oder ungeschickte Bauer, der ohnehin weniger erwirbt als sein gesunder, tüchtiger Nachbar, schwer von der Vermögenssteuer getroffen und in Feindschaft gegen den Staat getrieben werden würde, der ihn für körperliche, intellektuelle oder sonstige Schwächen, die ihn anhaften und ihm Schaden bringen, auch mit einer Steuer belegt. Die Vermögenssteuer ist eine Steuer, die allen Denjenigen, die nicht das Zeug und das Geschick zum lukrativen Betriebe haben, zuzuführt: „Wer sich demungeachtet Kette und Mißt folgt für die Klagen mitzugeben!“

Das sind demagogische Unwahrheiten, die sich in dem Organ des „Staatsmannes“ finden, der es als eine der hauptsächlichsten Aufgaben seiner Wirkthätigkeit und Etemopolitik erachtet. Millionen zu züchten, recht hochbar anzusehen. Der „kleine Mann“ müßte in der That ein sehr „dummer Kerl“ sein, wenn er an diesen demagogischen Köder anbeißt wolle. Der „große Staatsmann“ hat es ja von jeher außerordentlich gut verstanden, dem Sage: „Wer hat, dem soll gegeben werden, wer nichts hat, dem soll genommen werden“, eine merkwürdige praktische Geltung zu verleihen. Wie war denn seine Millionär-Züchtung anders möglich, als dadurch, daß die nachsteigende Armut dem Reichtum immer mehr tributpflichtig gemacht wurde? Die Bismarck'sche sogenannte „Schutzoll“-Politik hat einige Reiche reicher und die Masse der Befähigten ärmer gemacht; sein System der indirekten Steuern und Zölle lastet mit vernichtender Wucht auf dem arbeitenden Volke. Es giebt kein ungerechteres, kein den Wohlstand der Volksmasse gerütteltes System als dieses; es ist die höchste Wüthe der staatsmännischen Kunst, die Lasten zur Befreiung der öffentlichen Ausgaben hauptsächlich der Masse der Unbemittelten und Armen aufzubürden, was das früher selbst einmal von einer preussischen Regierung (unter dem im Ubrigen exrevolutionären Ministerium Manteuffel im Jahre 1849) unumwunden

über die glückliche Ankunft darbringen und ihr, wie es unter Nordlandsjägern Sitte ist, Kompagnieschaft sein.

Margot, an die diese Worte zumeist gerichtet waren, drehte sich um und verstand in der Kapitän'schen Eteme, der auch von dem fremden Kapitän seine Führerschaft nicht anerkannt sah, wurde blauroth vor Wuth.

„Was — wer ist Kapitän — mit Ihnen Kameradschaft machen? — Zum Teufel damit! Wenn Sie uns nicht beschützen hätten, könnten wir Ihnen schon in Boulevard-Kompagnieschaft anbieten. Wenn wir wieder zurückkommen, sollen die Tribunale entscheiden, denn das Konflikt ein Spießbüß ist, beweist Ihre Anwesenheit in dieser Wüste!“

Damit trat Eteme heftig mit dem Fuße auf das höpfelnde Verdeck, als wolle er „diese Wüste“ nachdrücklich bezeichnen.

Mit zweiwinkeln Mitleid schüttelte Gaston den Kopf. „Nieder Herr — wenn hier Unredlichkeit im Werke ist, liegt es wohl an Ihrem Benehmen, indem Sie, von der heimathlichen Küste aus in meinem Fahrwasser segelnd, das Ziel meiner Meile anspienieren. Ich kam aber, wie schon bemerkt, zu Ihrem Kapitän. Mit Ihnen selbst ist schon deshalb nicht zu unterhandeln, weil die Eismeerjungen vorhin auch auf Ihren Schödel unheilvoll eingewirkt zu haben scheinen!“ Sprach's und drehte sich auf dem Absatz herum und ging langsam zum Fahrdeck. Digne sich mehr ungedulden, ließ er sich nach seinem Schiff hinüberberühren.

„Sitt, Codney“, fragte er seinen Eismeerer, „wie lange können wir noch auf offenes Wasser reiten?“ Der Mann blickte auf die Sonne, die ihren höchsten Stand schon überschritten hatte und sagte dann nach einem Bedenken:
„In 14 Tagen bis 3 Wochen ist das Landeis wieder so stark, daß wir hier im Nord festfrieren.“

„Dann werden Sie da drüben auch nicht mehr allzuviel Sped machen.“

„Die Robben bleiben stets an der Wasserkante und

zu gegeben worden ist. In einer den Kammeren zugetheilten königlichen Wohnung vom 21. September 1849 wird gradezu erklärt, daß das System der indirekten Steuern die ärmere Bevölkerung überlaste und daß ein solcher Zustand mit den Grundzügen eines geregelten Staatshaushaltes und einer der Gerechtigkeit entsprechenden Steuererhebung unvereinbar sei.

Der große Bismarck aber hat's hinterher verstanden, aus dem Unrecht die „Gerechtigkeit“ zu konstruiren. Und dieses Monstrum vertheidigt er nun gegen den Versuch, ein gerechteres Steuerwesen einzuführen. Unter den bestehenden Verhältnissen ist die fufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Befreiung aller öffentlichen Ausgaben die einzig gerechte Steuer. Deshalb wird sie auch im sozialdemokratischen Programm gefordert, nebst Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit einer bevorzugten Minderheit opfern.

Mit einem wahren Emissus vertheidigen die „Hamburger Nachrichten“ das Beharren der Beherrschten, sich von den Beiträgen zur Erhaltung des öffentlichen Wehens möglichst zu entlasten:

„Daß mittels der Vermögenssteuer die Besitzer von Palästen, Parks und Gemäldergalerien getroffen werden können, ist unbestreitbar. Aber wir fragen, wer wird unentbehrliches Bedürfnis überhaupt haben wollen, wenn er alljährlich noch eine hohe Abgabe darauf bezahlen soll? Es würde dadurch auf die reichen Leute ein Druck in der Richtung ausgeübt werden, daß sie sich in Erwerb und Herrichtung von Anwesenheiten, mag es in Palästen, Parks, Gemäldersammlungen oder sonstigen Kunst- oder Lustgüterwerbungen beschränken, erheblich einschränken. Auf diese Weise würde dem genannten Erwerbsebenen des Volkes ein schwerer Schaden durch die Steuer zugefügt und die Beisitzendigkeit gebrocht. Es wird sogar Leute geben, die lieber ihre Parks niederbrennen und ihre Gallerien verkaufen, ehe sie sie einer solchen Steuer unterwerfen lassen.“

Ja, dazu ist der mamonistische Anarchismus im Stande! Was braucht der Reichtlichen zu nehmen auf das Gemeinwohl! Wird seine „Beisitzendigkeit“ geföhrt, d. h. sein Benehmen der Bereicherung, dann wüßte er von ihm sonst so fanatisch vertheidigten heiligen „Ordnung“ den Spieß abzugeben. Was würden die „Hamburger Nachrichten“ für stittliche Enttüllung äußern, wenn wir den Arbeitern zu verstehen geben würden, es sei besser, sie schlugen sich Arm und Bein ab, statt sich der kapitalistischen Ausbeutung zu unterwerfen? Gradezu aller Verneinung und aller Gerechtigkeit hoch sprechend ist's, wenn das Bismarck-Organ schließlich erklärt: „daß die Vermögenssteuer unter allen Umständen ein brutales, rohes, vexasorisches Gesetz sein und die Tendenz aufweisen würde, den reichen Mann in geschäftiger Weise zu treffen.“

Offenbar kommt es dem „heros“ nur darauf an, aus dem Vermögenssteuer-Projekt für seine trübendsten Feindeskapital zu schlagen, indem er den niedrigen Lebensstandard des Reichthums, der Rücksicht der „Beisitzendigkeit“, in wachsender demagogischer Weise schmälert. Und dieser Unfug ist hiermit gebührend an den Pranger gestellt!

Von der Weltbühne.

Ueber die Einnahmen des Reiches an Zöllen, Verbrauchssteuern und Stempelabgaben für das Jahr 1891/92 liegt jetzt die vorläufige Uebersicht vor. Danach soll die gesammte Zölle-Einnahme auf M. 512 265 000 belaufen. Davon entfallen auf Zölle M. 376 680 000; Zabaikfeuer M. 11 541 000; Verbrauchs-Abgabe auf Branntwein M. 99 999 000; Stempel x. M. 24 045 000. Die Gemeinnehmeübersicht den Voranschlag (M. 461 825 000) um rund 50 000 000 Mark. Das ist ein neuer unwiderleglicher Beweis dafür, daß der Import der Haupt-Einkunftsquelle Deutschlands ist, der unentbehrlichsten Nahrungsmittel, nicht auf bloße Händlerkapitalien zurückzuführen ist, wie die fanatischen Gegner des Getreiderterminhandels meinen, sondern auf die absolute Einfuhr-Nothwendigkeit.

Der neue preussische Kultusminister fängt an, sich zu „benähren“ gegen die Defensivpolitik. Ueber den Religionsunterricht der Kinder von Dissidenten hat er im Einverständnis mit dem Justizminister auf den Bericht eines Oberpräsidenten eine Verfügung getroffen, die zur Nachachtung sämtlicher Regierungen mitgetheilt worden ist. Darin heißt es: „Ich trete über Einzelnen Ansicht bei, daß der Vater eines schulpflichtigen Kindes selbst dann, wenn er für seine Person einer staatlich anerkannten Religionsgesellschaft nicht angehört, gleichwohl verpflichtet ist, das Kind am Religionsunterricht in der öffentlichen Volksschule theilnehmen zu lassen, sofern er nicht den Nachweis erbringt, daß für den religiösen Unterricht des Kindes anderweit nach behördlichem Ermessen (vergleiche Allgemeines Landrecht II. § 18) in ausreichender Weise gesorgt ist.“ Ein gleiches gilt von solchen Kindern, welche sich nicht in väterlicher Erziehung befinden, sondern dem Erziehungsrecht der Mutter, eines Vormundes oder

bis dahin ist jetzt schon eine halbe Tagereise, wie Sie wissen.“

„Dann müßte man am Ende noch hier überwintern?“

„Wir nicht — mit unserer letzten Jagd machen wir den Raum voll, in acht Tagen können wir in See gehen!“

Gaston ließ den Mann, ohne eine weitere Bemerkung zu machen, wieder an seine Arbeit gehen. Mit bedenklicher Miene schritt er das Verdeck auf und ab. Drüben auf dem anderen Schiff war man sofort an's Werk gegangen, die nötigen Geräthschaften zur Jagd an Land zu bringen. Denkich hörte man, wie sie einander zuziefen. Die letzte Polarschlucht jedes Wort hehrte, darunter auch allerlei Vermuthungen gegen Gaston, der gar nicht begreifen konnte, was die Dibelots ihm eigentlich vorzuzufügen hatten. Waren sie deshalb so während, weil er ihre Begleitung an der norwegischen Küste durch List von sich abgelenkt hatte?
„Ich würde viel darum geben“, dachte er bei sich, „wenn ich nicht zu Anfang der toden Saison hier eingetroffen wäre, und wenn ein Anderer als Fräulein Kapitän bei Euch an Bord besohlgte.“

10.

Auseinandersetzungen.
Die Dibelots schienen allen Entschens nachholen zu wollen, was sie durch ihre verpöhtete Ankunft verurteilt. Um gar keine Zeit zu verlieren, veranstalteten sie die Jagd über Jagd, so daß sie trotz heftiger hohler Arbeit die Spedmannen kaum bewältigen konnten.

Gaston beobachtete sie täglich von seinem Schiffe aus mit einer Aufmerksamkeit, als sei er selber an dem Unternehmen der Konkreten stark betheiliget.
„Wir können bald unsere Taktelage wieder seferzig machen und die Segel anschlagen“, sagte ihm eines Tages der Steuermann beim Mittagessen und der Eismeerer setzte mit einem Anflug von Selbstgefälligkeit hinzu: „In fünf Tagen habe ich den Raum voll bis an die Deckbalken, dann schlicke ich die Luft.“

Wegers unterstehen. Sofern jedoch derjenige Elterntheil, dessen religiöses Bekenntnis über die Konfessionalität des dem Kinde zu ertheilenden Religionsunterrichts entscheidet, zu dem für diese Entscheidung nachgehenden Zeitpunkt eine staatlich anerkannte Religionsgesellschaft angehört hat, darf auch der religiöse Unterricht des Kindes, gleichviel, ob derselbe in der öffentlichen Volksschule oder als anderweiter Erziehungsinstitut stattfindet, nur in einer dem Bekenntnis der jener Religionsgesellschaft entsprechenden Weise erfolgen. Der Erziehungsrath ist wie jeder Privatunterricht von der Schulaufsichtsbekörbe zu beaufsichtigen.“

Wenn das ein Minister ohne Weiteres verfügen kann, was braucht es dann noch einer gesetzlichen Bestimmung, wie sie in dem „fallen gelassenen“ Volksschulgesetzentwurf vorgehien war, daß Dissidentenkinder dem Religionsunterricht zu unterwerfen sind? Gegen die ministerielle Verfügung ist entschieden Protest zu erheben; sie verkehrt die in der Verfassung gewährte Bekenntnisfreiheit und das Recht der Eltern, ihre Kinder in ihren Ansichten erziehen zu lassen.

Der Industriekönig Stumm in Reutkirchen hat den Besuch des deutschen Kaisers, welcher ihm befanntlich schon länger in Aussicht gestellt war, empfangen. Der Telegraph bligt folgende Nachricht in die Welt:

Bei der Prämiirvertheilung an 130 Arbeiter mit 25jähriger Dienstzeit brachte Herr v. Stumm ein Hoch auf den Kaiser aus. Der Kaiser antwortete, indem er seiner hohen Vertheidigung über die Einbrücke, die er hier gewonnen, Ausdruck gab. Die hiesigen Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeiter seien, wie sich der Kaiser persönlich überzeugt habe, die denkbar besten, und es sei sein hehnlichster Wunsch, daß derartige segensreiche, glückliche Verhältnisse überall in der deutschen Industrie herrschen mögen. Der Kaiser schloß mit einem Hoch auf den Herrn v. Stumm.

Ueber Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeiter, die sich auf eine nahezu absolute Selbstherrschast der ersten gründen, die sogar anschießen, daß Arbeiter von ihrer gesetzlichen Koalitionsfreiheit Gebrauch machen, die sie zwingen, selbst ihre politischen Interessen zu opfern, was Herr v. Stumm nach dem „Recht des wirtschaftlich Stärkeren“ als ganz selbstverständlich einmal im Reichstage erklärt hat, — aber solche Verhältnisse haben wir befanntlich ein anderes Urtheil.

Herr v. Stumm versteht es übrigens, den Kaiserseuch für sich entsprechend zu vernehmen. Er hat an „seiner“ Arbeiter folgenden Kammet-Erlaß gerichtet: „An meine Arbeiter! Se. Majestät der Kaiser haben die Gnade gehabt, mich zu beauftragen, der gesammten Arbeiterchaft des Reutkircherer Werkes Alteschäft Ihren Dank für ihre loyale Haltung und das Verständnis, welches sie den auf das Wohl der arbeitenden Klassen zielen den gerechten Bestrebungen Seiner Majestät entgegenbringen, auszusprechen. Es ist mein höchster Stolz, auch dieses Alteschäftigen Anerkennen übermitteln zu können.“

Herr Stumm, Herr Stumm! Geben Sie sich nicht trügerischen Hoffnungen hin. Schon mancher Stolz hat seinen Zweck verfehlt!

Moralische Anwandlungen betreffend die Dätenzahlung äußert ein Parlamentarier in den „Hamburger Nachrichten“. Er nimmt Anstoß daran, daß die Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhanfes auch während der langen Ferien Diäten beziehen. „Mit Recht!“ — so schreibt er — „verlangen die Volkvertreter in der Staatsverwaltung die gesinnhafteste Sparsamkeit, die Vermeidung aller unnötigen Ausgaben. Selbsterweise aber scheinen sie mir daran zu denken, daß das Abgeordnetenhaus selbst eine ganz ansehnliche Quelle unnötiger und in sich unberechtigter Ausgaben ist. Nach der bestehenden Oberverteilung während der Ferien die Diäten an die Mitglieder des Abgeordnetenhanfes weiter gegahlt. Die Summe der Diäten beläuft sich, wenn alle Mandate befehlt sind, auf M. 6495 täglich. Für die diesmaligen Ferien, 18 Tage, sind also M. 116 900 Diäten zu zahlen, ohne daß irgendwie Etlung des Abgeordnetenhanfes festgehalten hat, und ohne daß die Abgeordneten in Berlin anwesend zu sein brauchen. Im vorigen Jahre kamen zu den Ferien noch Weihnachts- und Pfingstferien, so daß die Ferienbeträge auf mindestens 1 Million Mark belaufen. Das ist eine Ungeheuerlichkeit, von der man sich allerdings nicht befreit, wie sie sich überhaupt einbürgern können. Das Minima nun curat praetor hat für den Abgeordneten in Finanzsachen keine Vertheidigung, und soll sie am wenigsten haben, wenn es sich um Ausgaben zu seinen eigenen Gunsten handelt. Es kommt es darauf gar nicht an, daß die Summe, welche hier in Frage steht, in der Gesammtheit der preussischen Staatsausgaben nur eine verschwindende Rolle spielt. Die Hauptsache ist das moralische Unrecht, als welche die Dätenzahlung während der Ferien vom Volke verstanden wird, eine Empfindung, die dem Ansehen des Abgeordnetenhanfes nicht förderlich sein kann.“

Weshalb so über moralisch? Wenn das Volk mal anfragen will, über unnötige und unberichtigte Ausgaben und das darin liegende mora-

lische Unrecht abzurufen, dann dürfen doch wohl erst noch an d'ere Ausgaben als die Fertendäten an die Reiche kommen.

Die Schindlerrebeiter müssen die durch den die Schiffen unglücklich verlaufenen Streit geschaffene Situation nach Kräften aus. Der Prinzipals-Vorstand der Tarif-Kommission für Deutschlands Schindler, Herr Bruno Klinkhardt in Leipzig, erläßt folgende Bekanntmachung: „Es ist mißzuverstehen, daß die Tarif-Kommission zur Beratung und Beschlußfassung über die fünftige Gestaltung der Tarifverhältnisse demnachst zusammentritt. Nachdem der Gesellen-Vorstand und die Gesellen-Mitglieder der Tarif-Kommission, sowie deren Stellvertreter sämtlich ihre Aemter niedergelegt haben, ist ein Zustand geschaffen, der im Tarife selbst nicht vorliegen ist. Um geordnete Verhältnisse in der Tarif-Kommission wieder herzustellen, hat daher die Mehrzahl der Prinzipals-Mitglieder der Tarif-Kommission beschlossen, sich an die Gesammtheit der in den tarifgebenden Buchdruckerien beschäftigten Gesellen zu wenden und dieselben aufzufordern, innerhalb der einzelnen Kreise die Erziehungswahl der Gesellen-Mitglieder der Tarif-Kommission und deren Stellvertreter vorzunehmen. Nach § 44 des Tarifs finden die Wahlen durch Urabstimmung statt; die absolute Majorität entscheidet. Die tarifmäßige arbeitenden Gesellen wollen daher in ihren Kreisen für die Vornahme der Erziehungswahl zur Tarif-Kommission befohlen sein und das Ergebnis derselben bis spätestens den 15. Mai an den Prinzipals-Vorstand der Tarif-Kommission mittheilen.“ In Gesellenkreisen wird die Stellungnahme zu diesem Erlaß eifrig besprochen. Nur wenige Gesellen können sich für Wiederherstellung resp. Fortbestehen der Tarifgemeinschaft erwidern. Für die große Mehrzahl liegt die Frage so, ob ein vorläufiges Eingehen auf die Forderungen der Prinzipale sich als taktisches Uebermaß empfände, oder ob man einfach verziehen soll. Die Berliner Buchdrucker haben sich für letzteres entschieden. In einer großen Versammlung des Vereines Berliner Buchdrucker wurde folgende Resolution angenommen: „In Erwägung, daß die Prinzipale in ihrer Mehrzahl durch die Beschaffenheit gegenüber gezeigtes Verhalten nach dem Streik verhalten, daß sie ein friedliches Zusammenarbeiten nicht wollen; in fernerer Erwägung, daß die letzte Tarif-Kommission's-Sitzung den Beweis geliefert, daß an ein Eingetommen der Prinzipale auf Grund der von der Gesellen geforderten Verfürzung der Arbeitszeit an neun Stunden nicht zu denken; in enlicher Erwägung, daß die bisher bestehenden Tarife stets nur durch die Gesellenchaft mit schweren Opfern durchgeföhrt werden mußten, während die Prinzipalität auch nicht die geringste Garantie für die Durchführung resp. Einhaltung auch nur einer Bestimmung des Tarifs zu übernehmen in der Lage war: erklärt die Versammlung, daß sie ablehnt, an der von Leipziger Prinzipalen ausgeschiebenen Wahl von Vertretern zu einer angeblichen Tarif-Kommission sich zu betheiligen, und beschließt demgemäß keine Kandidaten aufzustellen.“ — Wichtigkeit erwarde die Versammlung von allen Buchdrucker-Gesellen Berlin und der Provinz Brandenburg, daß sie jede ihnen von Seiten einer gewissen Prinzipalität oder ihrer selbst bestellten aufgedrungenen Wahl entschieden zurückweise.“

„Was wollte er denn damit sagen?“
„Das weiß ich nicht. Ich glaube, dem Mann ist nicht ganz richtig im Kopf.“

„Schnö mäßig“, brummte Gaston und erhob sich. Die beiden Anderen thaten bescheiden.

Die nächsten Tage brachten ungewöhnlich Ansehen des Winters. Die Sonne hatte sich bereits wieder dem Horizont genähert und beleuchtete die aus der See aufsteigenden Nebel in disterer Gluth. Die Vögel zogen in ungeheuren Schwärmen nach Süden, die Schneefurche wurden häufiger und der eilige Wind schüttelte den Leuten fast die Nase aus dem Gesicht. Trotzdem herrschte auf Gastons Schiff allgemeine Freude, denn das Schwertwieser auf die offene See, wo die feste Erde hohe Wellen zusammen trieb, die sich donnernd und trübend an den Felsen brachen und selbst das Wasser des Nordens in Bewegung brachten, daß es die beiden Schiffe in ihren Ankerstellen inschalten machte. Was die Matrosen Gastons erregte, brachte die Dibelots in Wuth. Sie hatten ihre geringen Mittel in die Unternehmung gesteckt, womöglich noch Schulden gemacht. Wüngen sie mit halber Ladung in See, so hatten sie im glücklichsten Fall umsonst gearbeitet, eine Polareise zum Bergangen gemacht. Wüngen sie den Winter über im Eise liegen, so müßten sie den theuren Proviant verzehren, den sie ja vorräthig haben mit sich führten. Abgesehen von den Schrecknissen und Gefahren des Polarwinters, verringerte sich der Gewinn durch die vermehrten Unkosten und den Verlust an Zeit, denn auch die nächste Saison ging ihnen ganz oder theilweise verloren. So war es denn weiter nicht zu verwundern, wenn die vom Mißgeschick verfolgten Dibelots ihre Erbitterung die Regel schießen ließen, wenn sie zufällig mit der Mannschaft Gastons zusammentrafen. Es blieb aber auch nicht bei bloßen Worten.

(Fortsetzung folgt.)